

# Parteiendemokratie in der Krise

*Peter Strasser*

*Carl Schmitt* war bekanntlich kein Freund der Demokratie. Als Staatsrechtler und politischer Denker übt er allerdings auch heute noch auf Gebildete, die sich strikt dagegen verwahren würden, keine Demokraten zu sein, eine eigentümliche Faszination aus. Dabei wurde er nicht zu Unrecht „Kronjurist Hitlers“ titulierte. Er prägte den Slogan „Der Führer schafft das Recht“, was mit *Schmitts* Vorstellung harmonierte, dass die einzig wirklich legitime Führerschaft aus einer Repräsentanz erfließt, die im Grunde nur dem Papst als Stellvertreter Gottes auf Erden zukommt.

Diese Ansicht lässt sich in *Schmitts* 1923 erschienener Schrift „Römischer Katholizismus und politische Form“ am wenigstens verklausuliert nachlesen. Umgelegt auf ein säkulares Führertum folgt daraus, streng genommen, dass ein solches überhaupt nur dem Scheine nach und jedenfalls parasitär existiert. Denn der authentische Führer ist stets und notwendig Medium und Stimme eines Höheren, das sich im nationalen „Schicksal“ des jeweiligen Volkes offenbart. Alle Führerschaft, die ihre Legitimität aus der formalen Ermächtigung zur Gesetzgebung herleitet, ist demnach nur dann echt, wenn sie zugleich ein religiöses oder naturrechtliches Fundament hat.

In „Mein Kampf“ schrieb *Hitler* wörtlich, er tue „das Werk des Herrn“, insofern er sich „des Juden“ erwehre. Nimmt man diese heilsgeschichtlich aufmunitionierte Mörderrhetorik ernst, dann scheint *Schmitts* zentrale These seiner zuerst bereits 1922 erschienenen und später nachhaltiger wirksamen Politischen Theologie immerhin verständlich. Die These lautet, dass alle zentralen Kategorien der Staatslehre – auch jener, ja gerade jener, welche sich anheischig macht, die Demokratie in ihrem Wesen nach zu erfassen – eine verschleppte und verkappte religiöse Dimension haben. Mit Beispielen geizt der Autor. Ausdrücklich nennt er das Postulat von der „Allmacht des Gesetzgebers“. Doch gerade dabei geht es gerade um die Abgrenzung von religiösen und metaphysischen Einflüssen, namentlich der altüberkommenen Idee, dass dem Gesetzgeber durch das Naturrecht Schranken auferlegt seien, die durch keinen Akt irdischer Ermächtigung durchbrochen werden könnten.

Allmacht des Gesetzgebers meint im demokratischen Kontext, dass letztlich jene Autorität, die sich einer demokratischen Legitimation verdankt, darüber hinaus keine höhere Autorität anzuerkennen braucht. Der Mehrheitswille des Volkes, in

seiner Rolle als republikanischer Souverän, ist ausschlaggebend. Dem widerspricht *Carl Schmitt*, der im politischen Rechtfertigungsverfahren eine Theologie mit anderen Mitteln erblickt, und zwar selbst dort, wo der Blick auf die Entstehungsbedingungen legitimer Macht nichts mehr anderes zu sehen vermeint als säkulare demokratische Erfordernisse.

Heute erfährt die Unterscheidung zwischen *pays réel* und *pays légal* eine Art Renaissance. Der Restaurationssociologe *Antoine Blanc de Saint-Bonnet* verwendete die Unterscheidung unter anderem in seiner Schrift „*La Légitimité*“ aus dem Jahre 1873; sie wurde dann von *Charles Maurras*, dem Begründer der rechtsradikalen *Action française*, aufgenommen und propagiert. *Maurras* – er starb 1952, nachdem er als Kollaborateur der Nazis angeklagt und zu lebenslanger Zuchthausstrafe verurteilt worden war – favorisierte eine Variante des Nationalismus, die man heute „integral“ nennt. Das klingt recht harmlos. Aber dahinter verbirgt sich eine Überzeugung, die, nicht unähnlich jener des *Carl Schmitt*, autokratisch, antisemitisch und katholisch unterlegt ist. Ihre zentrale These lautet: Eine verfassungsmäßig erzeugte Heimat, die *pays légal*, habe nur insofern eine Legitimation, als sie nicht der *pays réel*, der nationalen Substanz, verkörpert im wahren Heimatwillen des Volkes, entgegenstehe.

Und wie bei solchen Phantasmen üblich, weiß das Volk, namentlich das dumme, nur dunkel, was sein schicksalhaftes Wollen aufgrund seiner Wesensbestimmung eigentlich bedeutet. Um dies auszuformulieren und vor allem zu verwirklichen, bedarf es einer Führungsmacht, deren absolute Autorität gerade nicht das bloß formale Mehrheits- oder Kompromissresultat unterschiedlicher Parteien und der daraus hervorgehenden Kompromisse ist.

Hier wird *Jean-Jacques Rousseaus* Unterscheidung zwischen *volonté générale* und *volonté de tous* eigentümlich verdreht. Denn in der anthropologisch optimistischen Sicht des Rousseau'schen Gesellschaftsvertrags entsprach es gerade dem Staatsbildungswillen des Volkes in seiner Eigenschaft als Souverän, das Gemeinwohl über die Summe individueller Nutzen zu stellen. Leider zeigt die Weltgeschichte der Nationenbildung, dass kein guter Grund zur Annahme besteht, wonach gemeinwohlorientiertes Denken und Handeln zunächst mehr wäre als ein idealtypisches Postulat. Es kommt jedenfalls erst unter der späten Prämisse zum Tragen, dass alle Menschen gleich sind und deshalb ein sozialbildender Konsens gefunden werden sollte, kraft dessen auf lange Sicht ein Aus- und Abgleich individueller Interessen möglich wird nach der kantischen Formel: So viel Recht für jede Person, wie mit demselben Recht für alle anderen vereinbar ist!

*Dēmos* ist der griechische Ausdruck für Volk. Und so war bekanntlich eine von der antiken Philosophie als erstrebenswert angesehene Staatsform unter dem Namen „Demokratie“ bekannt – eine anerkannt gute Staatsform, wenn auch nicht unbedingt die beste. Dem griechischen Denken war das Gleichheitspostulat, wie

es für unser Staatswesen grundlegend ist, weitgehend fremd. Demokratie – das meinte im Kern buchstäblich unmittelbare „Herrschaft des Volkes“, und auf diese Form von Herrschaft berufen sich bis heute die Vertreter der direkten Demokratie, indem sie auf die fragwürdige Wirkkraft der *volonté générale* vertrauen.

Das dahinterstehende Menschenbild ist jedoch, wie bereits Denker von *Platon* bis *Aristoteles* klar erkannten, nicht nur optimistisch, sondern allzu optimistisch. Es unterschätzt das Menschlich-allzu-Menschliche, es verharmlost die Laster unserer Natur, unsere uns angeborene Egozentrizität, unseren Neid und unsere Machtgier, die bestenfalls vor dem Wohlergehen unserer Nächsten haltmachen. Deshalb hatte man auch einen eigenen Namen für die verkommene, missratene Form der Demokratie: Ochlokratie, Herrschaft des Pöbels.

Was wir heute als moderne Parteiendemokratie kennen, ist der Versuch, die Neigung zum Pöbelhaften durch eine Reihe institutioneller Absicherungen zu blockieren. Dazu dienen die uns wohlvertrauten Mechanismen der Herausbildung einer legitimen Herrschaft. Stets gibt es Gruppeninteressen, die sich öffentlich zu Parteien formieren, deren Ziele teilweise stark differieren und nicht selten zu feindseliger Konfrontationslust Anlass geben. Um die Konfrontation nicht gewalttätig werden zu lassen und, *horribile dictu*, bürgerkriegsartige Szenarien und den Ausnahmezustand heraufzubeschwören, erscheint das Modell freier, allgemeiner und geheimer Wahlen noch immer als das effektivste Mittel. Auf diese Weise werden Parteienmehrheiten generiert, aus denen kompromissorientierte Koalitionen hervorgehen können, die einen möglichst großen Anteil an Wählerwillen inkorporieren und praktisch umsetzen sollten.

Derart entsteht aus einer inneren Logik der anerkannten Machtermöglichkeit und erforderlichen Machtzügelung heraus das Modell der repräsentativen Demokratie. Ein solches Modell besitzt, einmal realpolitisch wirksam, allerdings nur so lange Glaubwürdigkeit, als deren oberste Prinzipien und Ziele durch die jeweiligen Machtträger tatsächlich glaubhaft verfolgt und umgesetzt werden. Dazu gehört jedenfalls die Sicherung des sozialen Friedens bei gleichzeitiger Ermöglichung eines Lebens – besonders auch unterschiedlicher Lebensstile – ohne Furcht vor Verfolgung, Ausgrenzung, Grausamkeit und tödlicher Gewalt. Dazu gehören die Gewährleistung eines Minimums an Gerechtigkeit und die Bemühung um langfristige Wohlstandssicherung. Letztere schließt, unserem europäischen Verständnis zufolge, geeignete sozialstaatliche Maßnahmen ein, um drohende und bestehende Chancengleichheiten abflachen oder, im besten Fall, sogar verhindern zu können.

Wenn man zurzeit von einer Krise der Parteiendemokratie spricht, dann unter anderem deshalb, weil die großen ideologischen Parteiblöcke zerbröckeln und kleineren, hyperaggressiv agierenden und dabei jedenfalls kurzzeitig rasch wach-

senden Neuformierungen Platz machen müssen. Diese wachsen, so scheint es, umso rascher, je greller, marktschreierischer sie das Angestammte verwerfen, verhöhnern und verdammen. Derlei Aktionismus hat zur Folge, dass sich die Schreihälse, jedenfalls rhetorisch, zum Rand des vielbeschworenen Verfassungsbogens hin bewegen – und zwischendurch darüber hinaus. Blickt man etwas tiefer, dann wird bemerkbar, dass die laufenden Umschichtungen, Rückbildungen und Kleinrenaissancen im Gemeinschaftsdenken auch mit Phänomenen zu tun haben, die eine mehr als kurzfristige und daher systembedrohliche Evidenz oder Dynamik entfalten:

Zum einen werden die Vertreter der angestammten Parteien mittlerweile von einem gewichtigen Prozentsatz des Wahlvolkes dem korrupten Establishment zugerechnet, welches die vorhin genannten Prinzipien des Gemeinwohlhandelns keineswegs entschlossen anstrebt. Ohne Weiteres treten eine Reihe gravierender Versäumnisse zutage: Immer mehr Menschen leiden darunter, sich ungerecht behandelt, an den Rand gedrängt oder sogar ins soziale Abseits und die Armut gedrängt zu sehen. Hinzu kommt nun in Ländern, die soeben noch mehrheitlich liberale Ansichten teilten, zusehends eine Angst vor den „Fremden“ sowie die Wut, bald – wie es heißt – nicht mehr Herr im eigenen Haus zu sein. Geweckt und verstärkt werden jene Angst und Wut durch die neuen Flüchtlingsandränge unter mitlaufender islamistischer Bedrohung.

Zum anderen jedoch wird jetzt, nach der Epoche des „Langen Friedens“ – um *Steven Pinker* zu zitieren, der damit die weltkriegsfreien Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg apostrophiert –, unter vielen jungen Menschen ein Desinteresse an der herkömmlichen Politik spürbar. Dadurch bleibt die tragende Staatsform nicht unberührt. An den Programmen der regierenden Parteien ist das Jungvolk immer weniger interessiert, ihren Versprechungen steht es achselzuckend gegenüber. Generell scheinen die demokratisch legitimierten Machtträger außerstande, dem Einzelnen das Gefühl zu vermitteln, er sei ein Teil des Souveräns und seine Stimme zähle daher effektiv – und dies gilt nicht nur für die desillusionierten Älteren, sondern eben besonders für die Jüngeren, die erst gar nie mit politischen Illusionen in Berührung kamen.

Und die Europäische Union? Sie vermochte, trotz objektiv beachtlicher und im Grunde historisch einmaliger Leistungen für einen administrativen Raum von etwa einer halben Milliarde Menschen, in den Herzen ihrer Mitglieder bloß ein blasses bürokratisches Gefühl von europäischer Identität zu erwecken, ausgedrückt in Geldtransfers, Förderleistungen und Regulierungsvorschriften. Kurz gesagt, dem immer akuter werdenden nationalen Bedürfnis, sich wieder – wie es in rechtsnationalen Kreisen heißt – „unter der Fahne“ zu versammeln, haben die etablierten Parteien, die Brüsseler Politmanager und moderaten neueren Gruppierungen aus dem liberalen und ökologischen Lager nicht viel Bewegendes entgegenzusetzen. Von der jungen, oft entpolitisierten Klientel, die den neuen Verhält-

nissen mehrheitlich am meisten verdankt (einmal abgesehen vom chronischen Problem der Massenarbeitslosigkeit bildungsschwacher Jugendlicher), werden in den Wohlstandsoasen Europas gerade die moderaten Kräfte wenig wahrgenommen – während die sogenannten Populisten aus allen sozialen Netzwerken eine Bühne der Verunglimpfung demokratischer Gepflogenheiten machen.

Ob also die sogenannte offene Gesellschaft, mit anderen Worten: die liberale, weil auf die Pflege innerer Vielfalt bedachte Demokratie, in der uns geläufigen Form weiterbestehen wird, erscheint unter den gegebenen Umständen manchem Beobachter als zweifelhaft. Gewiss, die sich darin ausdrückende Sorge mag überspannt sein; sie mag im Dienste eines staatsbürgerlichen „Alarmismus“ stehen; auf alle Fälle wäre es verantwortungslos, die sachhaltigen Indizien nicht einfach zu ignorieren.

Deutlich spürbar wird jene Schwäche, die von *Karl Popper* in seinem Werk „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ 1945 als „Paradox der Toleranz“ bezeichnet wurde. Tatsächlich benützen heute – wie einst in der Weimarer Republik – anti-liberal bis antidemokratisch gesinnte Gruppierungen das ihnen zustehende Recht, für ihr Anliegen zu werben und der Wählerschaft eine Zukunft unter nationalistischem Zeichen schmackhaft zu machen. Deren staatliche Verfassung würde indessen massiv totalitäre Züge tragen: Ablehnung des verbürgten Pluralismus samt der ihm eigenen Freiheitsgarantien; Ausgrenzung aller, die nicht zu den Unsrigen gehören (wer immer diese sind); Schwächung der Gewaltentrennung bei Konzentration auf ein starkes Führungselement; Geringschätzung der Menschen- und allgemeinen Bürgerrechte. Es ginge wieder einmal darum, die demokratische Toleranz zu nützen, um, erst einmal an die Macht gekommen, sie Schritt für Schritt abzuschaffen.

Die deutschen Verfassungsrichter bescheinigten am 17.1.2017 der unbestritten nazistischen NPD, aufgrund ihrer Randständigkeit – es hieß im Urteil, sie sei „unbedeutend“ – trotz Verfassungsfeindlichkeit als erlaubte politische Gruppierung innerhalb der BRD existieren zu dürfen. Zugegeben, es mögen, vor dem Hintergrund der europäischen Menschenrechtsjudikatur, wohlabgewogene Wertungen im Spiel gewesen sein. Ob dabei auch Überlegungen eine Rolle spielten, welche die Möglichkeit einer besseren Kontrolle durch den Staatsschutz betreffen, kann nur vermutet werden. Stichwort: Keine Verdrängung in den Untergrund! Darüber hinaus zeigte sich jedoch, wie wenig die liberale Demokratie ihre so oft beschworene Wehrhaftigkeit im Ernstfall – und sei es bloß im „unbedeutenden“ – dem Laien, der Laien klar vor Augen zu führen vermag. Während von Rechtsexperten und informierten Journalisten gleichermaßen Lob für die Ausgewogenheit und Klarstellung des Urteils kam, ergab sich für die juristisch geringer informierte Öffentlichkeit eine weitaus weniger ansprechende Optik.

Zu bedenken ist fernerhin, dass für die Nachkriegsgenerationen das Leben innerhalb des demokratischen Rahmens zu einer Selbstverständlichkeit wurde. Worte

wie „Individualismus“, „Freiheit“, „Würde“, „Selbstverwirklichung“ haben ihr Pathos verloren. Demgegenüber werden Worte wie „Gerechtigkeit“, „Heimat“, „Nation“ dem Status quo aggressiv als Mangel vorgehalten: Gerechtigkeit, Heimat, Nation, sie alle sind – so die Sichtweise der Enttäuschten – billige Schlagworte, denen das politische Establishment zwar vollmundige Reden widmet, aber nicht durch entschiedenes Handeln die nötige Realität verleiht.

Auf diese Weise macht sich eine breitgestreute Stimmung der Gleichgültigkeit gegenüber dem Erbe der großen aufgeklärten Freiheitstradition breit. Passend dazu steigt der Misstrauenspegel gegenüber jenen, die das europäische Erbe angeblich nur noch dem Scheine nach verkörpern. Diese dem Demokratischen ohnehin abträgliche Atmosphäre wird angesichts des zunehmenden Fehlens von verbindlichen und dabei sinngebenden Lebensmodellen in der Gemeinschaft verschärft.

Sobald der Säkularismus alle metaphysischen, naturrechtlichen und humanistischen Quellen ins Private, das die Öffentlichkeit nichts mehr angeht, gründlich ausgelagert hat, zeigt sich die Kehrseite der so gewonnenen Freiheit: Jeder möge – so ein postmoderner Existenzialslogan – sich selbst erfinden und, als *Vademe-cum* gegen die stets drohende Lebenslangeweile, immer wieder neu erfinden. In das so entstehende Vakuum – in die von objektivem Sinn weitgehend entleerte psychische Eigenwelt des auf Konsum trainierten Subjekts – dringt herrisch die Sehnsucht nach kollektiver Geborgenheit und nationaler Größe ein. Sie wird, unter der Aufputschrhetorik der neuen Nationalisten, zu einer massenhaften Begehrllichkeit – zu jenem Verlangen, das *Gottfried Benn*, der große deutsche Dichter, der dem Charisma *Hitlers* verfiel, hintennach bedauernd als „Schicksalsrausch“ charakterisierte.

(Mir ist klar, dass ich hier vergrößere, auch dramatisiere, also den vielen Kautelen, den Wenn und Abers keine gebührende Rechnung trage; doch einzig in der holzschnittartigen Überzeichnung treten Momente deutlich hervor – kann sein: überdeutlich –, die im informationsgefluteten Alltag unter dem Gewimmel einander überlagernder und widersprechender Daten leicht übersehen oder für nebensächlich gehalten werden: geläufige Irritationsmomente neben gegenläufigen Irritationsmomenten.)

Will man die laufende Krise der parlamentarischen Demokratie verstehen, dann sollte man sich nicht in Einzelfragen verzetteln, welche die Organisation der EU oder die Reform des Wahlrechts oder den Umgang mit Immigranten betreffen. Man muss sich, denke ich, mit einem heraufdämmernden Epochenbruch konfrontieren. Die Krise der Demokratie ist in ihrer Tiefe keine Institutionenkrise; es geht nicht um die bloße Optimierung dessen, was wir in Ansätzen ohnehin bereits haben, nämlich – wie die geflügelte, schon ein wenig abgedroschene Weisheit lautet – unter den möglichen schlechten Staatsformen des Zusammenlebens die allerbeste Form, die sich praktizieren lässt. Womit wir es, in einer durch die

Jahrhunderte und den eminenten Fortschritt gemodelten Variante, wieder zu tun bekommen, sind Versatzstücke des Abendländischen, das heißt unserer Kultur entsprechend: des christlich Abendländischen.

Darunter darf im vorliegenden Zusammenhang weniger die große freiheitliche Tradition der Aufklärung verstanden werden, die zwar den Schrecken der Französischen Revolution nie ganz verdrängen konnte, aber im Wesentlichen den Weg zu jener Staatsform ebnete, die uns heute als Schutzmacht unseres Wohlstandes und unserer Freiheit vertraut ist, vielleicht allzu vertraut. Stattdessen muss auf den totalitären Charakter, den das politische Abendland stets auch massiv mit sich führte, stärker geachtet werden, mit einem Wort: auf das heilsgeschichtliche Moment, das sich realhistorisch mit dem Nationalistischen – also dem Gegenteil des humanistischen Universalismus – innerlich verbunden hatte.

Damit bekommen staatstheoretische Ansätze, die man im Nachkriegswesten bereits überwunden glaubte, wieder eine gewisse Aktualität. *Carl Schmitts* Politische Theologie und die Idee einer *pays réel* im Gegensatz zur *pays légal* werden – wie bereits dargestellt – für die neuabendländischen Ideologen zu begrifflichen Leitfiguren. Gemeinsam ist ihnen die Vorstellung, dass es die eine Menschheit, deren Mitglieder gleich und mit derselben unantastbaren Würde ausgestattet wären, gar nicht gibt. Es kann demnach nicht darum gehen, die Menschheit, im Sinne des Humanismus, idealerweise als ein Solidarsubjekt zu denken, das über die ethnischen, religiösen und kulturellen Grenzen hinweg nach Prinzipien des gewaltlosen Miteinanderexistierens sucht. Vielmehr geht es um die Wiederaufrichtung der eigenen kulturellen, nationalen und religiösen Suprematie. Der heilsgeschichtliche Auftrag, der sich ursprünglich aus dem Gedanken der christlichen Erlösungslehre und des daraus entspringenden Missionierungsauftrags herleitet, wird in der reaktionären abendländischen Phantasie aggressiv verengt.

Die Vorzugswürdigkeit der eigenen Tradition wird im Kommunitarismus gegen den Universalismus ausgespielt und, im nationalistischen Phantasma, als ständig bedroht imaginiert. Die Bedrohung geht zu einem Teil von den anderen aus, zu einem wesentlicheren Teil aber von all jenen Ideen und Realitäten, in denen das aufgeklärte Menschheitsideal fortwirkt, so zum Beispiel in den Prinzipien einer Demokratie, deren Grundsätze auf einen allgemeinen Zustand abzielen, wie er sich klassisch in der Formel des *Jeremy Bentham'schen* Utilitarismus findet: *the greatest happiness of the greatest number*.

Doch zugleich darf man nicht aus den Augen verlieren, dass die Krise der Parteidemokratie, wie sie durch die Herausforderungen einer neuen Rechten entsteht, weniger einem traditionsgeschwängerten Diskurs entstammt, sondern einer ausnützbaren Gemengelage menschlich-allzu-menschlicher Affekte. Sowohl die Angst vor dem Fremden als auch die Sehnsucht nach einem Führer, der sich den Niederungen und Niedrigkeiten des Alltags entzieht, sind im Ursprung

frei von einer speziellen Ideologie. Das ist ein Aspekt, der auf gar keinen Fall vergessen werden sollte. Das Ideologische ist und bleibt unter den Bedingungen der fortgeschrittenen Moderne ohnehin sekundär. Die angesprochenen Affekte, zu kollektiven Stimmungen verdichtet, finden sich in allen Lagern, sobald erst so etwas wie eine Lagermentalität entstanden ist.

Es ist nicht unwesentlich, dass Fremdenangst und Führersuche mit einiger Sicherheit eine genetische Basis haben, quasi eine Basis im stammhirnregulierten Rudelgefühl. Deshalb sind diese Dispositionen, obwohl eine ständige Herausforderung für jede liberaldemokratische Ordnung, zugleich ihre ständigen Begleiter im Schatten. Dies bedeutet, dass jede offene Gesellschaft, sofern sie sich über ihr allgemeinemenschliches Fundament aufgeklärt hat, auch um ihr eigenes Krisenpotenzial weiß und eine daher entsprechende Affektdämpfungslogistik zu ihren zentralen gemeinwohlorientierten Aufgaben zählen wird.

Wie aus leidvoller historischer Erfahrung bekannt, werden die Volksvertreter ihrer Aufgabe als Hüter der liberalen und universalistischen Grundwerte nicht gerecht, indem sie versuchen, den Populisten durch populistische Maßnahmen gleichsam das Wasser abzugraben. Strategien dieser Art, mit denen man die Extremisten entzaubern möchte, haben den desaströsen Effekt, das Bedürfnis nach Ausgrenzung und nationaler Geborgenheit salonfähig zu machen. Erst wenn dieser Punkt erreicht ist, ließe sich meines Erachtens ernsthaft von einer Krise der Demokratie sprechen.

Wir haben uns also zu fragen: Ist dieser Punkt bereits erreicht? Ich neige zur Auffassung – und hier wird man notgedrungen zum Kaffeesudleser –, dass Österreichs System auf dem Weg in eine fundamentale Krise erst dann wäre, falls unsere Traditionsparteien zueinander in Konkurrenz darüber treten würden, wer den antiliberalen, fremdenfeindlichen und nationalistischen Schreihälsen am besten den populistischen Rang abläuft. Denn dann wäre das Ende von all dem absehbar, was unserer Demokratie, unter einem humanitären Gesichtspunkt betrachtet, zur Ehre gereichte. Gewiss, die Überstrapazierung dessen, was man gemeinhin „Menschlichkeit“ nennt, kann eine Kettenreaktion der nationalen Einigelung und Verhärtung auslösen. Zu bedenken gilt eben beides: Jene Haltung, die Deutschland aufgrund des Satzes „Wir schaffen das!“ im europäisch gesinnten Ausland den Ehrentitel „We-can-do-it-Germany“ eintrug – wobei jene Haltung, nach einer Phase der Besinnung auf das Mögliche, nicht ohne Zusatz blieb: Wir schaffen das, vielleicht aber auch nicht! Perhaps not.

Zur Abwehr einer nationalen Krise gehört das Bewusstsein ihrer Möglichkeit. Darin liegt – dies nur wollte ich klarstellen – ganz und gar kein Einwand gegen das Bekenntnis zur liberalen Demokratie.

Donnerstag, 25. Mai 2017

## **1. Arbeitssitzung**

### ***Wie stabil ist die liberale Demokratie?***

Vorsitz: *Hon.-Prof. Dr. Rudolf Müller*, Mitglied des Verfassungsgerichtshofes,  
Präsident der ÖJK

*Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Merkel*, Humboldt-Universität zu Berlin,  
Institut für Sozialwissenschaften, Direktor der Abteilung  
„Demokratie und Demokratisierung“ am Wissenschaftszentrum Berlin  
für Sozialforschung (WZB)

*em. Univ.-Prof. Dr. Michael Hartmann*,  
Technische Universität Darmstadt, Institut für Soziologie

*Univ.-Prof. Dr. Ewald Wiederin*,  
Universität Wien, Institut für Staats- und Verwaltungsrecht



*Hon.-Prof. Dr. Rudolf Müller:* Für unsere 1. Arbeitssitzung haben wir Vorträge von *Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Merkel*, *em. Univ.-Prof. Dr. Michael Hartmann* und *Univ.-Prof. Dr. Ewald Wiederin* vorgesehen.

In der Diskussion um die schwelende Krise der Demokratie westlicher Prägung wurden schon seit längerer Zeit von dem britischen Politikwissenschaftler *Colin Crouch* der Begriff der „Postdemokratie“ ins Spiel gebracht und auch entsprechend popularisiert. Darunter soll man ein Gemeinwesen verstehen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe jedoch so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur mehr über solche Probleme diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. Die Thesen *Colin Crouchs*, dessen Rezept ich hier nicht näher ausbreiten kann, blieben freilich nicht unwidersprochen. Es ist aber doch für jedermann deutlich erkennbar, dass die zunehmende Schwäche der nationalen Politik gegenüber global agierenden und bestens vernetzten Unternehmungen dazu führt, dass deren Einfluss auf Regierungsentscheidungen einem intensiver vorkommen als der Einfluss der Wahlbürger. Einer, der sich auch mit den Thesen von *Colin Crouch* eingehend beschäftigt hat, ist *Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Merkel*. Er ist Direktor der Abteilung Demokratie und Demokratisierung am Wissenschaftszentrum und Professor für Politikwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Die Universitäten, an denen er schon geforscht und gelehrt hat, muss man vorher alphabetisch ordnen, damit man sie alle auf die Reihe kriegt. Das reicht von Harvard University bis Universität Heidelberg und The University of Sydney. Sein jüngstes Buch wurde zum Thema „Die Legitimität direkter Demokratie“ veröffentlicht. *Univ.-Prof. Dr. Merkel* ist im deutschen Sprachraum wohl eine der ersten politikwissenschaftlichen Adressen für unseren Problemkreis. Wir sind hoch erfreut und geehrt, ihn heute bei uns zu haben. Ich bitte ihn um seinen Vortrag!